

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 22 (1981)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Warnung von Wojtyla : wenn marxophile Theologen den "Neokonservatismus" analysieren  
**Autor:** Gorski, Bohdan  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094429>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 19.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Wenn marxophile Theologen den «Neokonservatismus» analysieren

# Warnung vor Wojtyla

Bohdan Gorski zu einer Sammlung von Aufsätzen

In breiteren Kreisen der katholischen Kirche ist man der marxistisch nachgehängten Polittheologie «progressiver» Kräfte überdrüssig geworden; Widerstand zeichnet sich ab. Das hat eine theologische Zeitschrift veranlasst, den «Neokonservatismus» zu untersuchen. Durch Autoren, die alle dagegen sind. Hier befasst sich Dr. Gorski mit dieser Schrift.

«Concilium» ist ein angesehene (katholische) internationale Zeitschrift für Theologie, deren deutschsprachige Ausgabe beim Benziger Verlag, Zürich, und beim Grünewald-Verlag, Mainz, erscheint (ja, doch: einmal mit und einmal ohne Bindestrich). Sie hat ihre Januarnummer 1981 dem «gesellschaftlichen und kirchlichen Phänomen» des Neokonservatismus gewidmet.

Das Thema ist aktuell und behandlungswürdig. Nicht zuletzt deshalb, weil es gerade um das Wort «neokonservativ» eine babylonische Sprachverwirrung gibt, die gleiche übrigens wie bei den Begriffen «konservativ» oder «progressiv» oder «links» oder «rechts».

Hier gibt es ganze Komplexe, die einer Klärung und Erklärung bedürfen.

Einmal ist man «konservativ» oder «progressiv» immer nur im Verhältnis zu konkret definierbaren Massstäben oder Sachverhalten; sonst zerflattert die Wortbedeutung.

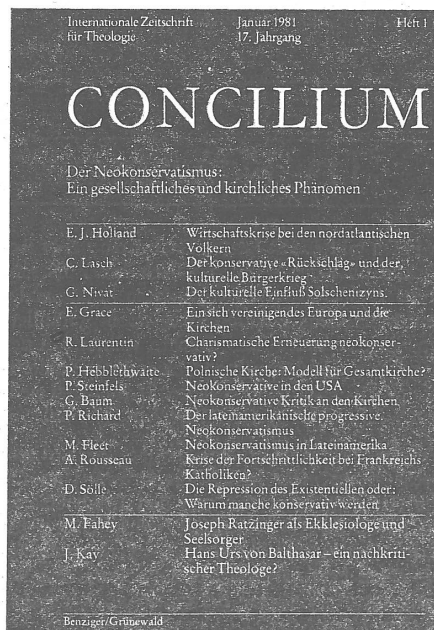
Dann bedeuten die Begriffe durchaus nicht das gleiche, wenn man sie auf verschiedene Gebiete bezieht; der Konservatismus eines Naturwissenschaftlers ist an andern Kriterien zu messen als der Konservatismus eines Theologen oder Soziologen usw. Das beruht schon auf der Verschiedenheit ihrer Erkenntnisquellen und Forschungsobjekte. Oder sind die Wahrheiten der Bibel, der Genetik und des Marxismus-Leninismus identisch?

Schliesslich haben die Begriffe eine Geschichte, und zwar zu einem wichtigen Teil eine jeweilige. Ihre historische Prägung ist in den USA eine andere als in Lateinamerika, entsprechend dem gegebenen gesellschaftspolitischen Hintergrund. Bei «konservativ» denkt man in den USA zuerst an einen Republikaner, in Argentinien an einen General und in Frankreich an einen Monarchisten. Und in der Schweiz ist ein Konservativer ein Protestant, der beim Wort «konservativ» noch immer an einen Katholiken denkt.

Das Wort «neokonservativ» hat nicht weniger Dimensionen als das Wort konservativ, und so

würde einer Broschüre zu diesem Thema ein vorangestellter Beitrag über die Bestimmung und Anwendung des Begriffes wohl anstehen. Zumal bei einem so internationalen Autorenteam. Im vorliegenden Heft fehlt er. Oder er fehlt in diesem Fall vielmehr nicht, denn beim Niveau der eingehafteten Aufsätze wäre eine Begriffserläuterung tatsächlich überflüssig; dazu fehlt es am Begriff.

So schlage ich vor, der Sammlung statt einer Einleitung eine Empfehlung voranzusetzen: Herr, verzeih Ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun. Doch so dramatisch ist es vielleicht auch wieder nicht: sie verstehen bloss nichts von dem, worüber sie schreiben.



Concilium. Die Antikonservativen essen aus ideologischen Konservendosen.

Insgesamt: Ein Häuflein verirrer Theologen und/oder Sozialwissenschaftler macht sich nachzüglich anheischig, durch pseudokritische Aufsätze die längst veraltete marxistische Interpretation der Gesellschaft zu wiederholen, wobei sie ihren Missbrauch der Religion durch notdürftig angelegene Manipulationen der christlichen Soziallehre rechtfertigen.

## «Systemkunde» per Schablone

Der erste Aufsatz von Edward Joseph Holland über die «Wirtschaftskrise bei den nordatlantischen Völkern» lässt erkennen, dass der Autor immerhin schon einige linke Broschüren durchgeblättert hat; dass er daraus keinen eigenen Ueberblick über die gesellschaftlichen Probleme gewonnen hat, sei ihm hier nicht angekreidet.

Holland geht von erkannt negativen Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit und Inflation aus, die ihm zur Charakterisierung der (kapitalistischen) Industriegesellschaft genügen, um zu einer «systemkritischen» Analyse zu kommen, die sich als unkritisches Feindbild herausstellt. Nun sind es gerade diese krisengeschüttelten Gesellschaften, und sie allein, deren Bewohner sich *mehrheitlich* eher mit Verfertigungsproblemen als mit Armut auseinandersetzen müssen. Was die alternativen Gesellschaften ihren Mehrheiten zu bieten haben, danach fragt er nicht; er fordert Alternative.

Dafür legt Holland über die «Etappen des industriellen Kapitalismus» ein Schema vor, das selbst für ein Primarschulbuch zu simpel wäre. Abgesehen davon, dass sein historischer Rückblick auch falsch ist. Für ihn sind zum Beispiel in der Wirtschaft die internationalen Zusammenhänge und die Kapitalintensität ein Charakteristikum des «Spätkapitalismus». Ja, ungefähr so, wie die Waschmaschine ein Produkt des Spätkatholizismus ist. Man sollte auch als Sozialethiker die technische Entwicklung nicht so leicht mit einem gesellschaftstheoretischen Ismus verwechseln dürfen.

Die Vorstellungen von Wirtschaftsautarkie im «Frühkapitalismus» sind ohnehin falsch. Die grossen internationalen Handelsgesellschaften hatten schon vor dem 19. Jahrhundert für rege Wirtschafts- und Finanzbeziehungen gesorgt. (Und was gar die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts angeht, so hätte Holland wenigstens lesen sollen, was Lenin vom «Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus» schrieb; da hätte er das Zentenarium der unveränderten marxistischen Aktualität auch noch würdigen können.)

Was nun die Technologie der ersten Manufakturen angeht, so war sie — welche Entdeckung! — tatsächlich «arbeitsintensiv». Aber nur im Vergleich zum Computerzeitalter; im Vergleich zu den vorangehenden Handwerksperioden war sie hingegen sogar äusserst kapitalintensiv und arbeitssparend. Meint Holland am Ende, dass die technische Ermöglichung der Kapitalintensität für den Sozialismus nicht gilt? Sie gilt durchaus; nur haben dort die Werktätigen weniger davon.

Wenn man schon von den Charakteristiken des «Spätkapitalismus» schreiben will, gibt es gesellschaftsbezogener: die Sozialversicherung beispielsweise.

Den Begriff der Freiheit versteht Holland nach einigen vulgärmarxistischen Weiterreichungen als «Ungebundenheit der Unternehmerr». Das ist schon nicht mehr bloss der alte Hut, sondern immerhin eine regelrechte Unanständigkeit gegenüber Hunderten von Millionen, welche die nichtkapitalistische Alternativfreiheit erleben (und in Entwicklungsländern manchmal auch henkerverkürzt erleben), fürs Andersdenken bestraft zu werden. Und die nicht frei sind, es ungestraft zu sagen.

Um es den nicht gebundenen, sondern bloss befangenen Hollands hierzuweisen deutlich zu sagen: Was für erweiterte materiellen Freiheiten die Kapitalisten hier haben, das ist nur eine Detailfrage im Rahmen der ermöglichten Freiheit. Entscheidend ist ein anderer Punkt: Es gibt nirgends so viel Freiheiten für die Nichtkapitalisten wie in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Weil der Feindbegriff des «Kapitalismus» nur einen Teil ihrer Wirklichkeit umfasst, und nicht den gesellschaftspolitisch relevanten.

Und sogar auf diesem Spezialgebiet (dem privaten Eigentum an Produktionsmitteln) werden sie, was die negativen Auswirkungen für die Opfer angeht, von ihrem sozialistischen Gegenmodell übertroffen. Denn für die tatsächlichen Auswirkungen kommt es nicht darauf an, wer die Produktionsmittel nominell zu eigen hat, sondern wer über sie verfügt. (Mein Zehnjähriger hat ein Sparheft auf seinen Namen; aber das Geld abzuheben, das steht mir zu.) Und diese massgebliche Verfügungsgewalt, die ist in allen sozialistischen Staaten unendlich oligarchischer beschränkt als im westlichen Industriestaat mit der grössten Kapitalkonzentration. (Und dazu kommt die noch schlimmere Ungebundenheit der sozialistischen Machtelite im Einsatz von Polizei, Militär und entwicklungshelfenden Erschiessungsberatern.)

Begriffen? Sagen wir es zur (bei marxtheologischen Lesern auch nicht gewährleisteten) Sicherheit noch marxistisch: Das Eigentum ist ein juristischer Begriff. Damit gehört er, marxistisch betrachtet, zum Ueberbau, den kein Genosse mit der Basis verwechseln dürfte. Aber Weggenossen

dürfen ja alles, weil sie nichts zu verstehen brauchen.

Die Unkenntnis der grundlegenden ökonomischen und philosophischen Grundbegriffe führt beim Autor zu einem Bild der Gegenwart, das direkt von einigen Filmen der Science fiction stammen könnte. «Marginalisation», «autoritärer Staat», «Freiheit und Sicherheit: einander widerstrebende Definitionen» usw.

Dass die Einführung von neuen Produktionsverfahren und die Automatisierung grössere Fluktuationen und Umschulungszwänge nach sich ziehen, ist eine Selbstverständlichkeit. Daraus eine melodramatische Show zu machen, ist ein Unfug. Der autoritäre Staat ist — wenn irgendwo — im «nordatlantischen Raum» ein Märchen. Und wie steht es mit den «widerstrebenden Definitionen» von Freiheit und Sicherheit? Es ist die Unsicherheit — zum Beispiel politischer Terrorismus, Gewalttätigkeit und Kriminalität —, welche die Freiheit einschränkt und via Schutzmassnahmen auch zur unerwünschten Vermehrung der polizeilichen Macht führt. Die Sicherheit macht gewiss keine Freiheitsrechte, aber sie ermöglicht ihre Ausübung.

Nach Aufstellung einer ganzen Reihe von ernstlich unhaltbaren Behauptungen kommt Holland auf «strategische Reaktionen» zur Weltverbesserung.

Als nur angeblich progressiv lehnt er die sozialdemokratischen Lösungen ebenso höhnisch ab wie die «konservativen», d. h. marktwirtschaftlichen. Am Herzen liegt ihm die «radikale» Lösung.

Er definiert sie übrigens hübsch genug: «Ihr Grundprinzip ist, dass Kapital und Technologie vielen Ebenen der menschlichen Gemeinschaft verantwortlich gemacht werden müssen, von der lokalen bis zur globalen, und zwar durch einen klaren Mechanismus einer Beteiligung an der Planung.»

He, Sie, Sie Technologie, Sie sind mir dann verantwortlich, Sie! Aber abgesehen von der netten Personifizierung rennt der Vorschlag zum einen Teil offene Türen ein, weil sich ohne Einbezug von Kapital- und Technologieverantwortlichen

keine Planung durchführen lässt ausser dort, wo Diktatoren ihre Schlösser aufs Eis bauen, und zum andern Teil bedarf er «nur» noch der Gebrauchsanweisung. Unterdessen funktioniert die formulierte Heilsbringung ja wohl auch nicht schlechter als irgendeine andere, z. B.: Wenn alle zu allen lieb sind, dann ...

Dagegen kann seine Zukunftsvision gegebenenfalls auch Angst hervorrufen: «Eine schöpferisch bewältigte Zukunft ergibt sich, wie ich vermute, aus einer neuen Synthese religiösen und sozialistischen Geistes.» Nun, wir haben im islamischen Sozialismus schon Beispiele für solche Synthesen, samt den zugehörigen Leichen von Menschen, die sich nicht synthetisieren lassen wollen. Hoffen wir, dass Holland wirklich eine neue Synthese meint, trotz seinen gründlich alten Feindbildern.

Nach solcher Standortbestimmung — wenn man die Bemühung Hollands so nennen kann — versuchen diverse Autoren, dem angeblichen Neokonservatismus auf die Spur zu kommen, aber weil sie schon alle gegen ihn auf die Barrikaden gestiegen sind, ist ihre Plattform dazu entsprechend beschränkt.

Autoren wie G. Baum, D. Sölle, C. Lasch, P. Steinfels oder A. Rousseau halten sich in ihrem Kampf gegen den «Neokonservatismus» an den altkonservativen Grundsatz des Mittelalters, dass Kirchenmänner dazu berufen sind, die richtigen Entscheidungen auf allen Gebieten zu fällen. Ihre helle Sonne dreht sich um unsere dunkle Erde. In der Religion sehen sie ein Mittel zu politischen Aktionen zwecks Veränderung der falschen Gesellschaftsstrukturen.

Zunächst scheint es nur darum zu gehen, ob die Kirche wirklich die Funktionen von Gewerkschaften, Parteien usw. ausüben soll. Das ist nicht meine Auffassung, aber es ist eine Auffassungsfrage. Doch dahinter steckt noch die doppelte Moral: Denn wer sich für ein politisches Engagement der Kirche in einem andern Sinn einsetzt als die Autoren, den qualifizieren sie ebenfalls als neokonservativ ab. Recht ohne Gegenrecht?

(Fortsetzung auf Seite 10)



Woran die Autoren Anstoss nehmen. Der polnische Papst und die volksverbundene katholische Kirche Polens (rechts Kardinal Wyszyński).



Wieder einmal ist die Konzeption einer politischen Mission der Kirche nur vordergründig. Denn das Gebot wird zum Verbot, sobald die Mission nicht mehr dem marxistischen Lehrgehalt untergeordnet ist. Solidarität mit den Unterdrückten, aber klar. Nur bitte bloss als Solidaridad und ja nicht etwa als Solidarnosc.

## Diesen Polen fehlt Anpassung

Wenn die Autoren den «Neokonservatismus» als «Phänomen» registrieren, dann reagieren sie wohl auf die Tatsache, dass in weiteren kirchlichen Kreisen die Begeisterung für marxophile Theologen abgeflaut ist. Dafür suchen sie allerdings nicht die Gründe, sondern die Schuldigen. Die Sündenböcke sind schon da. So hat man die polnische «konservative» Kirche und den Papst, die man für die «reaktionären» Tendenzen innerhalb der Kirche verantwortlich machen kann.

Peter Hebblethwaite unterstellt der polnischen Kirche erst einmal, dass sie sich selbst als Modell für die Gesamtkirche betrachte, und nimmt diesen von ihm erfundenen Anspruch als Thema zu seinem Aufsatz.

Als Zeugnis für seine Behauptung zitiert er zum Beispiel den Dichter Adam Mickiewicz (der mit der Kirche schwer verkracht war), oder er holt Worte einer Papstpredigt aus ihrem Zusammenhang in seine These vom Gegensatz zwischen den polnisch konservativen und den progressiven Elementen in der Gesamtkirche.

Nun, der polnische Katholizismus hat sich niemals als Vorbild nach aussen verstanden oder als führende Kraft in der Weltkirche. Polen hat dem Westen keinerlei Theologie oder katholische Philosophie aufgedrängt; die Strömung verlief immer umgekehrt. Dafür war und ist die polnische Kirche sehr ausgesprochen für das polnische

Volk da, und sie hat von daher ihre Besonderheiten entwickelt.

Peter Hebblethwaite hat von den tatsächlichen Problemen des Katholizismus in Polen keine Ahnung. Als einer, der im sozialistischen Polen aufwuchs und zur politischen Reife kam, will ich ihm ein bisschen nachhelfen.

Der wichtigste Unterschied zwischen dem Katholizismus in Westeuropa liegt im pastoralen Konzept, das die Kirche in Polen hat. Ihre seelsorgliche Tätigkeit war immer auf die unteren Gesellschaftsschichten gerichtet. Sie brachte das Wort des Evangeliums unter das notleidende Volk und konzentrierte sich weniger auf die elitären Gruppen. Das wurde durch besondere Umstände begünstigt, denn seit 1795 haben die Machthaber immer kirchenfeindliche Politik betrieben, seien es die Preussen, die Zaren, die Nazis oder die Kommunisten.

Wie kommt es, dass «progressive» Westtheologen eine instinktive Abneigung gegen eine Kirche haben, die durch ihre echte Verbundenheit mit dem einfachen Volk charakterisiert ist?

Die kirchliche Hierarchie in Polen ist auch nicht «triumphalistisch», wie das Hebblethwaite behauptet. Vielleicht kann er nicht vertragen, dass Volk und Kirche in Polen gegen die grossen

Massenbewegungen des 20. Jahrhunderts — den Faschismus, den Nationalsozialismus und den andern Sozialismus — immun geblieben sind. Aber für die Kirche ist das kein Grund zur Triumphfeier; ihre Gegenspieler haben selbst versagt. Das hat die Kirche immer wieder betont.

Die Nazis kamen als Vernichter; mit ihnen konnte man nicht zusammenarbeiten; man war ja Schlachtopfer. Volk und Kirche wählten den Widerstand. Der Sozialismus hat auch nicht viel anzubieten. Die grossen Worte von Gerechtigkeit und Gleichheit verblissen, wenn sie in eindeutigen Widerspruch zu dem stehen, was getan wird. Sozialismus ist eine Technik der Macht zur perfekten Beherrschung des Volkes. Volk und Kirche wurden Opfer des Systems.

Statt vom «Triumphalismus des Katholizismus in Polen» zu reden, sollte Herr Hebblethwaite lieber darüber nachdenken, warum die Leute mit Sozialismus-Erfahrung keinerlei Sozialismus-Begeisterung haben. Wenn ein Volk jahrzehntelang vor dem leeren Topf sitzen muss und dazu noch ständig das Geschwätz über die «sozialistischen Errungenschaften» zu hören kriegt, dann bleibt für die ganze Ideologie des Sozialismus nur noch Spott und Abscheu übrig. Für den Sozialismus schwärmen kann man nur noch in einem westlichen Concilium. ■

## In Kürze

### Deutsches...

In der DDR ist man sich nicht ganz im klaren darüber, ob der autofahrende Teil der Bevölkerung über zu viele oder zu wenige Pneus verfügt. Zu viele: Im DDR-Reifenkombinat von Fürstwalde klagt der Generaldirektor, bisher habe man «Hunderttausende von Reifen volkswirtschaftlich unsinnig für Reserveregale in Garagen und Keller produziert». Zu wenige: Die Verkehrspolizei klagt, auf den Strassen seien immer wieder Autos mit vollkommen abgenutzten Reifen unterwegs. Die Diskrepanz erklärt sich. Neue Pneus werden nachtsüber von Dieben abmontiert, die tagsüber einen lukrativen Schwarzhandel betreiben; da bleiben die Automobilisten lieber profillos. Und die Lösung? Man will den freien Reifenverkauf künftig verbieten. Hoffentlich nützt das. Der Diebstahl ist schliesslich auch verboten.

In der DDR haben die Mädchen einen schlechten Einfluss. Sie halten die Burschen davon ab, Unteroffiziere (mit längerer Dienstzeit) oder Berufssoldaten zu werden.

Am 1. März hat die Nationale Volksarmee den 25. Jahrestag ihrer Gründung gefeiert. Wochen vorher und nachher wurde das mit militärischen Geländespielen für die Jugend, mit militärpolitischen Veranstaltungen und mit Garnisonsbällen unter Einbezug von Sowjetmilitärs begangen. Die Funktionäre waren angehalten worden, zu allem möglichst auch die Mädchen zu mobilisieren, deren Wehrmotiv der Festigung bedürfe. Manche Burschen pflegen ihre schon eingegangene Verpflichtung, Berufssoldat zu werden, wie-

der zurückzuziehen, weil ihre Freundinnen nicht einverstanden sind.

Die kommunistische Kinderorganisation der Jungen Pioniere gibt es auch in Westdeutschland, und ihre Führer halten erklärterweise nichts von antiautoritärer Erziehung. Der Bundesvorsitzende dieser DKP-Tochterorganisation, Achim Krooss, bestätigt das in einem Beitrag für die Funktionszeitschrift «Marxistische Blätter». Es gehe um planmässige und systematische Entwicklung des sozialistischen Bewusstseins, und da sei es abzulehnen, die Kinder antiautoritär zu erziehen oder ihnen beim Umsetzen ihrer Ideen und Einfälle freien Lauf zu lassen. Wie schön stramm autoritär die Genossen doch werden, sobald sie erst einmal in der Lage sind, ihre Erziehungsansprüche zu verwirklichen. Den Jungen Pionieren in der Bundesrepublik gehören etwa 3000 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren an.

### ... und Diverses

Im Februar hat das Statistische Zentralamt in Prag die Ergebnisse einer Zählung vom 1. November 1980 veröffentlicht, die sowohl die Bevölkerung als den Wohnraum betraf. Am Stichtag zählte man in der CSSR 15 931 812 Einwohner, 6,5 Prozent mehr als 1970.

Die durchschnittliche Anzahl Personen pro Wohnung belief sich auf 3,1 und die durchschnittliche Wohnfläche auf 43,8 Quadratmeter, was durchschnittlich etwa 12 Quadratmeter pro Person ausmacht (um wieviel die Funktionsvillen den Durchschnitt hinaufheben, weiss man nicht).

Die Anzahl von Wohnungen mit Badezimmer und Zentralheizung hat «weiter zugenommen». Sehr gut sieht die Versorgung mit Haushaltgerä-

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**

Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

**Abonnementspreise**

Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)

Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-

(Ausland Fr./DM 28.-)

Einzelnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)